

Innenministergespräch ein voller Erfolg

Kolleginnen und Kollegen,

am 25. Oktober 2019 trafen Vertreter/-innen der JUNGEN GRUPPE (GdP) sich mit dem saarländischen Minister für Inneres, Bauen und Sport (MIBS), Herrn Klaus Bouillon, sowie dem Leiter der Abteilung D im MIBS, Herrn Stefan Spaniol, um sich über aktuelle Themen rund um die Polizei auszutauschen.

Als erstes Thema stand die Strafverschärfung des § 114 StGB – Tötlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte auf der Tagesordnung. Sowohl die JUNGE GRUPPE (GdP) als auch Herr Minister Bouillon fordern hier vom Gesetzgeber die Erhöhung des Strafmaßes, welches derzeit eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren vorsieht. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht von Übergriffen auf Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte (PVB) die Rede ist. Alleine im Jahr 2018 wurden im Saarland insgesamt 105 PVB bei gewalttätigen Übergriffen verletzt, was Platz sechs in der bundesweiten Statistik bedeutet. Neben der gesellschaftlichen Verrohung, die insbesondere in sozialen Medien festgestellt werden kann, spielt auch der sinkende Respekt gegenüber PVB eine große Rolle. Milde Urteile oder gar Verfahrenseinstellungen sorgen gerade bei den Kolleginnen und Kollegen für Entsetzen. Der Innenminister signalisierte uns, dass die Polizei den besonderen Schutz des Staates verdient und er auf der im Dezember 2019 stattfindenden Innenministerkonferenz (IMK) in Lübeck erneut einen Vorstoß wagen und sich für die Erhöhung der Mindeststrafandrohung auf sechs Monate stark machen werde. Wir unterstützen dieses Unterfangen ausdrücklich und hoffen, dass dies auch bei der zuständigen Justiz auf offene Ohren stoßen wird. Anschließend wurden die beiden Themen Durchsetzungsgewahrsam und

Einführung der Bodycams in Wohnungen erörtert. Die beiden langjährigen Forderungen der JUNGEN GRUPPE (GdP), so versicherte uns der Minister, würden kurz vor ihrer Umsetzung stehen. Die Gesetzesänderung zum § 13 Saarländischen Polizeigesetz (SPoLG) Gewahrsam sieht vor, dass ein Störer, zur Durchsetzung eines nach § 12 SPoLG ausgesprochenen Platzverweises, in Gewahrsam genommen werden kann, sofern er dem Platzverweis nicht nachkommt.

Das Durchsetzungsgewahrsam wurde bereits vom BVerfG auf seine Verfassungsmäßigkeit geprüft und findet sich in einigen Polizeigesetzen anderer Bundesländer wieder. Der Einsatz der Bodycams in Wohnungen, welcher derzeit im Saarland noch nicht möglich ist, soll fortan im neuen Saarländi-



schen Polizei Datenverarbeitungsgesetz (SPoLDVG) geregelt werden. Der Gesetzesentwurf ging bereits am 4. September 2019 in die externe Anhörung, die Ende Oktober 2019 enden wird. Die Initiative soll noch im Dezember 2019 dem Ministerrat vorgelegt und hoffentlich im Frühjahr 2020 im Saarländischen Landtag verabschiedet werden.

Als nächster Tagesordnungspunkt wurde die Beschaffung neuer Einsatzhandschuhe im LPP erörtert. Bereits zu Beginn des letzten Jahres führte die JUNGE GRUPPE (GdP) anlässlich der aufkommenden Unzufriedenheit zahlreicher Kolleginnen und Kollegen eine Umfrage auf verschiedenen Dienststellen und an der Fachhochschule für Verwaltung des Saar-

landes (FHSV) durch, um sich einen Eindruck über die Funktionalität der aktuellen Einsatzhandschuhe zu verschaffen. In der Umfrage zeigten sich von 205 PVB nur 17 der Befragten vollumfänglich mit den aktuellen Einsatzhandschuhen zufrieden, wohingegen sich die deutliche Mehrheit mittlerweile Privathandschuhe angeschafft hatte, um diese im täglichen Dienst zu nutzen. Da bei der dienstlichen Nutzung privat angeschaffter Handschuhe im Verletzungs- und möglichem Infektionsfall (Stich mit Nadel etc.) dienstrechtlich kein umfänglicher Schutz besteht, legten wir die Ergebnisse unserer Befragung vor, um die Beschaffung eines neuen Modells voranzutreiben. Da neben dem Handling auch weitere Voraussetzungen, wie z. B. Schnittschutz etc., gewährleistet sein müssen, wurden durch das LPP drei Modelle ausgewählt, welche nun in der engeren Auswahl stehen und bereits durch die Einsatztrainer an der FHSV getestet wurden. Seitens des LPP wird in den kommenden Wochen eine Umfrage an alle Bedarfsträger erfolgen. Wir hoffen, dass die Ausgabe der neuen Einsatzhandschuhe bereits im Frühjahr 2020 erfolgen kann.

Als letzter Punkt wurde über die von der JUNGEN GRUPPE (GdP) geforderte Einführung der vereinfachten Verkehrsunfallaufnahme (VU) von sog. 5.1-Unfällen (Bagatellschäden) gesprochen. In Zeiten personeller Engpässe sehen wir hierin eine Chance, die Kolleginnen und Kollegen aus dem täglichen Einsatzgeschehen zu entlasten und so wieder mehr Zeit für Prävention und Streifenfahrten einzuräumen. Der VU-Statistik zufolge machen sog. 5.1-Unfälle beinahe 50% aller Verkehrsunfälle im Saarland aus. Unserer Meinung nach würde die Gewährleistung des Perso-

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

nalienaustauschs sowie die Erstellung eines Kurzprotokolls vor Ort, so wie es bis zum Jahr 2006 noch im Saarland oder derzeit in vielen anderen Flächenländern wie z. B. Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen oder Brandenburg gehandhabt wird, ausreichen. Seitens des Ministeriums wurde uns zugesichert, dass der Vorschlag der JUNGEN GRUPPE (GdP) geprüft und man sich informieren werde, wie derartige VU in anderen Bundesländern bearbeitet werden.

Unter dem TOP Sonstiges wurde über den Auftritt in den sozialen Medien sowie die durch das MIBS erfolgreich initiierte Werbekampagne ge-

sprochen, die im Vergleich zum letzten Jahr eine Erhöhung der Bewerberzahlen um fast 50% auf 916 zur Folge hatte. Die JUNGE GRUPPE (GdP), die diese Themen bereits in einem Gespräch mit der Abteilungsleitung D zu Beginn des Jahrs angestoßen hatte, begrüßt die Werbekampagne ausdrücklich und unterstützt eine etwaige Fortschreibung für 2020. Wir möchten uns bei Herrn Innenminister Bouillon und Herrn Abteilungsleiter D, Spaniol, für das angenehme und konstruktive Gespräch bedanken und hoffen auch in Zukunft auf weitere Treffen, die dem gegenseitigen Austausch und der Verbesserung der Arbeits- und Rahmenbedingungen dienen sollen.

Florian Irsch,
Landesjugendvorsitzender



zung hat den Anspruch und das Recht auf eine effektive Strafverfolgung. Im digitalisierten Zeitalter gibt es nahezu keine Straftat, die nicht unter Zuhilfenahme eines Mobilfunkgerätes verwirklicht wird. Durch die Funkzellenabfrage kann die Polizei ein Bewegungs- und Verbindungsmuster von Tatverdächtigen erstellen, das letztendlich zur Verurteilung führen kann. Die Daten Unbeteiligter interessieren meine Kolleginnen und Kollegen überhaupt nicht und werden nach Ende der Speicherungsfrist verworfen. Ich unterstelle der Fraktion politische Panikmache, wenn behauptet wird, die Justiz und insbesondere die Polizei würden inflationär Daten der Bevölkerung sammeln und auswerten. Zudem ist mir kein Fall bekannt, in dem die Daten eines Unbeteiligten widerrechtlich verwertet worden sind. Ich rate der Linksfraktion dringend, diesen Antrag zu verwerfen und sich hinter die zu stellen, die den Schutz der Bevölkerung tagtäglich gewährleisten – unsere saarländischen Polizistinnen und Polizisten!“

Der Landesvorstand

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe **Januar 2020** ist der **2. Dezember 2019**. Entsprechende Artikelwünsche bitte an die Redaktion unter den bekannten Erreichbarkeiten.

POLITISCHE PANIKMACHE – ANTRAG DER FRAKTION „DIE LINKE“ SÄT MISSTRAUEN GEGENÜBER DER POLIZEI

Nach eigener Auskunft möchte die Fraktion „Die Linke“ einen Landtagsantrag stellen, wonach alle Betroffenen einer strafprozessualen Funkzellenabfrage anonym über einen SMS-Service eine Mitteilung bekommen sollen, dass ihre Standortdaten erhoben worden sind. Bei der sog. Funkzellenabfrage kann die Polizei beim Verdacht von schweren Straftaten die Verkehrsdaten einzelner Funkzellen erheben. Die Maßnahme steht unter Richtervorbehalt und gibt Auskunft, wann und mit wem eine Mobilfunknummer in einer bestimmten Funkzelle eingewählt war. Hierdurch erhält die Polizei logischerweise Millionen von Datensätzen, die jedoch keine Auskunft über Inhalte oder Ähnliches geben. Die nachfolgenden und weitergehenden Maßnahmen richten sich im Anschluss nur gegen Tatverdächtige, die sodann einen gesetzlichen Benachrichtigungsanspruch haben.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP), Landesbezirk Saarland, hat für den Vorstoß der Fraktion keinerlei Verständnis und kontert über ihren Landesvorsitzenden David Maaß: „Die Linksfraktion sät über diesen Antrag ein enormes Misstrauen gegenüber unserer Polizei. Die Bevölke-



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Saarland**

Geschäftsstelle:
Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Telefon (06 81) 84 12 410
Telefax (06 81) 84 12 415
Homepage: www.gdp-saarland.de
E-Mail: gdp-saarland@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Jan Karsten Britz, Landesredakteur
Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Saarland
Kaiserstraße 258, 66133 Saarbrücken
Telefon: (06 81) 8 41 24 10, Fax: -15
Mobil: 01 76-55 54 56 24
E-Mail: Jan-Karsten.Britz@gdp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41 vom 1. Januar 2019

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6489



AKTUELLES

RUHEGEHALTSFÄHIGKEIT DER POLIZEIZULAGE GEFORDERT

„Polizeiberuf hinterlässt tiefe Spuren über Ruhestandsgrenze hinaus“

Die Landesbezirke Hessen, Saarland und Rheinland-Pfalz sowie der Bezirk Bundespolizei der Gewerkschaft der Polizei fordern solidarisch die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage. Roland Voss ist Vorsitzender der Bezirksgruppe Bundespolizei Koblenz in der Gewerkschaft der Polizei. Voller Stolz konnte er zum heutigen Delegationstertag nicht nur die rheinland-pfälzische Innenstaatssekretärin Nicole Steingaß und Jörg Radek, den Vorsitzenden der GdP in der Bundespolizei, sondern auch die Landesbezirksvorsitzenden von Hessen, dem Saarland und aus Rheinland-Pfalz, Andreas Grün, David Maaß und Sabrina Kunz, begrüßen. Die fünf prominenten GdP-Vertre-

ter nutzten die Gelegenheit, um gemeinsam von den vier verschiedenen Dienstherren die Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage zu fordern.

„Die Föderalismusreformen haben in der bundesdeutschen Polizei bei Besoldung, Zulagen und sonstigen sozialen Verhältnissen einen Flickenteppich hinterlassen, der nicht mehr hinzunehmen ist“, betonen die GdP-Aktivisten. Immer mehr werde das

auch für die Dienstherren zum Problem, beispielsweise bei der Werbung um geeignete Polizeibewerber oder bei länderübergreifenden Versetzungen, betont Jörg Radek, der auch stellvertretender Bundesvorsitzender der GdP ist. Die rheinland-pfälzische Vorsitzende Sabrina Kunz springt ihm bei: „Der Polizeiberuf ist anspruchsvoll und hinterlässt bei den Kolleginnen und Kollegen auch über die Ruhestandsgrenze hinaus tiefe Spuren

bis hin zu einer spürbaren Verkürzung der Lebenserwartung. Da ist es nur gerecht und folgerichtig, dass sich die Polizeizulage auf die Höhe der Pensionszahlung auswirkt.“ Andreas Grün und David Maaß bringen es auf den Punkt: „Warum soll ein Polizeipensionär in Bayern dem Dienstherrn mehr wert sein als in anderen Ländern?“



Eure GdP

GdP-Einsatzbetreuung als Solidarzeichen einer basisnahen Interessenvertretung

Mit dem neuen GdP-Vito lässt der Landesvorstand die in den letzten Jahren zu kurz gekommene Einsatzbetreuung der Kolleginnen und Kollegen bei Großereignissen wieder aufleben. Als basisnahe Arbeitnehmervertretung ist die Betreuung von

Einsatzkräften für uns eine Herzensangelegenheit. Egal, ob bei Wind, Regen oder am Wochenende!

Der Landesvorstand



Gewerkschaft der Polizei
Saarland



Quo vadis, Kriminalpolizei?

Gegen den Bundestrend schrumpft der Personalbestand der saarländischen Polizei weiter. Dieser schlechende Prozess, der schon über drei Jahrzehnte andauert, führt zu einer Arbeitsverdichtung, die auch – und insbesondere – Ermittler und ihre Verfahren belastet. Nach der StPO unterliegen wir dem Legalitätsprinzip, sind der verlängerte Arm der Staatsanwaltschaft und spüren den Druck der Strafnorm Strafvereitelung im Amt.

Der Personalabbau geht einher mit steigenden Anforderungen an die Kolleginnen und Kollegen sowie sich verändernden Erwartungshaltungen seitens der Bürger und der Politik. Beispielhaft darf ich einige Aspekte anführen:

Polizeilicher Staatsschutz – Die Innenpolitiker der Länder und des Bundes sehen die Notwendigkeit, dass auch Polizeibehörden sich intensiver der PMK-rechts widmen. Gleichzeitig sollen aber die Anstrengungen, um Anschläge von Islamisten zu verhindern, nicht vernachlässigt werden. Allerdings ist die Bearbeitung von diesbezüglichen Ermittlungsverfahren aufwendig und vor dem Hintergrund der Stärke der Abt. LPP 23 schwierig. Mut zur Lücke ist gerade bei der Bekämpfung der PMK und der speziellen Gefahrenabwehr nicht angebracht.

Cybercrime und IT-Forensik – Beide Bereiche erfordern Spezialwissen und -erfahrungen. Vorgesehen ist, dass das Dezernat LPP 222 künftig zusätzlich Aufgaben im Bereich Cyberwehr wahrnimmt. Ohne weitere personelle Maßnahmen sind nach unserer Auffassung die polizeilichen Herausforderungen, die die technischen Entwicklungen und die zunehmende allgemeine IT-Nutzung mit sich bringen, nicht mehr zu bewältigen. Was wir brauchen, sind mehr Informatiker, mehr Fortbildungsmöglichkeiten für Spezialisten, bessere Eingruppierungen, Angebote zur Verbeamtung von einschlägigen Beschäftigten, besser bewertete Stellen im Beamtenbereich, eine Spezialistenlaufbahn analog der beim BKA und anderen Landeskriminalämtern. Ansonsten droht uns der Verlust von guten Leuten zu anderen Behörden und in die freie Wirtschaft.

Drogenbekämpfung – Wir stellen eine erschreckende Zunahme der Drogentoten fest. In den Medien wird über einen bundesweiten Spitzenplatz der Landeshauptstadt bei den Amfetaminrückständen im Abwasser berichtet. Es wird zumindest in den Raum gestellt, dass Saarbrücken eine Drogenhochburg darstellt. Die Rauschgiftbekämpfung ist eine Aufgabe, die weit über den Polizeibereich hinausgeht. Trotzdem können wir es uns nicht wie in der Vergangenheit leisten, dazu weniger Personal einzusetzen und nicht angemessen zu reagieren.

Intensivtäter – Die Landeskriminalämter und das BKA haben sich u. a. vor dem Hintergrund der Migration eingehend mit der Thematik „Mehrfachtäter“ beschäftigt. Im Ergebnis steht außer Zweifel, die Identifizierung von Intensivtätern, die Führung personenbezogener Ermittlungen und die Zusammenführung von einzelnen Ermittlungsverfahren durch die Polizei helfen den Justiz- und Ausländerbehörden, nachhaltige Verfahrensabschlüsse zu erzielen. Der Praktiker weiß allerdings auch: Das kostet richtig Manpower. Derzeit investiert das LPP nur für Jugendliche und Heranwachsende in diesen sinnvollen personellen Mehraufwand.

Vermögensabschöpfung – Vor zwei Jahren hat der Bundesgesetzgeber die rechtlichen Befugnisse der Behörden zur Abschöpfung des illegalen Zugewinns wesentlich fortgeschrieben. In der Folge ist es erforderlich, die Fachdienststelle im LPP personell zu stärken, um den Zweck der Novellierung erreichen zu können.

Datenverarbeitung – Die Einführung des Polizeilichen Informations- und Analyseverbundes (PIAV), das Programm Polizei 2020 (PP2020), das jetzt und in den kommenden Jahren bundesweit Schritt für Schritt entwickelt wird, und die datenschutzrechtlich konforme Umsetzung in den einzelnen Vorgängen erfordern einen umfangreichen Personaleinsatz und einen wesentlichen Fortbildungsbedarf bei allen Anwendern, gerade bei den ermittlungsführenden Sachbearbeitern. Die Ermittler werden einen Aufgabenzuwachs und steigende Anforderungen ver-

spüren. Zudem werden in den nächsten Jahren zunehmend weitere Kräfte für den PIAV und das PP2020, die im LPP bei der neuen Dienststelle IP-SL verortet sind, eingesetzt werden müssen.

Tatortarbeit – Im Rahmen eines Projektes versuchen aktuell die Abt. LPP 21 mit dem KDD, die FLZ und die Polizeiinspektionen, die Tatortarbeit zu verbessern. Neben den fachlichen Anforderungen spielen selbstverständlich auch Mitarbeiterinteressen eine Rolle. Was nicht passieren darf: Ausschließlich die Kolleginnen und Kollegen des KDD und des WSD tragen die Last der Arbeitsverdichtung und der ungünstigen Arbeitszeiten. Aber warten wir zunächst die Projektergebnisse ab.

Vernehmungen – Rechtsänderungen verpflichten die Polizei künftig verstärkt zu Videoaufzeichnungen und zur Anwesenheit von Verteidigern bei Vernehmungen. Das bedeutet einerseits mehr Arbeit und zeitlichen Aufwand für den Kriminalbeamten, andererseits wird eine höhere Qualifikation unserer Mitarbeiter erforderlich. Die GdP fordert deswegen über Informationsveranstaltungen hinausgehende Beschulungsmaßnahmen.

Diese exemplarische Auflistung zeigt vor allem, dass ein deutlicher Personalaufwuchs auch bei denjenigen Dienststellen im LPP, die kriminalpolizeiliche Aufgaben wahrnehmen, sachgerecht ist. Die GdP erkennt die bisherigen Bemühungen der Landesregierung durchaus an. Wir freuen uns, dass die Rufe der Gewerkschaften nach höheren Einstellungszahlen gefruchtet haben. Ebenso ist eine Verstärkung durch die Kolleginnen und Kollegen im Bereich der Ermittlungsassistenz sowie die externe Ausschreibung von Stellen für IT-Experten zu sehen.

Wir haben als GdP weitergehende Forderungen. Notwendig sind auch bei der saarländischen Kriminalpolizei bessere Perspektiven für die Mitarbeiter und eine höhere Wertschätzung ihrer wichtigen Arbeit. Die Älteren unter uns wissen: Früher war es mal richtig schwierig zu K zu wechseln; ohne 2er-Lehrgang hatte man überhaupt keine Chancen! Viele junge leistungsstarke Beamtinnen und Beamte überlegen sich heute genau, ob sie sich beispielsweise auf an-



FACHGRUPPE K

Quo vadis ...

spruchsvolle Stellen bei der Direktion LPP 2 bewerben. Sie vergleichen ihre Karrierechancen, betrachten unsere Beurteilungsrealitäten sowie die Funktionsstellensituation. In ihrem Fokus stehen nicht nur die Verwendungen in unserer Behörde. Mittlerweile zahlreiche Abwanderungen zu kriminalpolizeilichen Organisationseinheiten anderer Ländern, zum Bundeskriminalamt und zur Bundespolizei sprechen eine deutliche Sprache. Derzeit laufen die Abstimmungen für die Beurteilungsrunde. Hier gilt es, einen besonderen Augenmerk auf einen Quervergleich zu legen und letztlich einen „Karrierebruch K“ in der A 9, A 10 und A 11 im LPP zu verhindern.

FAZIT:

Um im Saarland die kriminalpolizeilichen Herausforderungen der Zukunft erfolgreich bewältigen zu können, besteht Handlungsbedarf in mehrfacher Hinsicht: Ausreichend Personal, spezielle Fortbildungsangebote und Perspektiven sowie Wertschätzung für die Mitarbeiter.

Übrigens:

Das oben erwähnte Damoklesschwert der Strafvereitelung im Amt, das nicht nur scheinbar über allen Kriminalisten schwebt, lässt sich durch (vorzugsweise schriftliche) Berichterstattung an vorgesetzte Stellen gut weiterreichen.



**Euer Johannes Schmitt,
Fachgruppe K**

JUNGE GRUPPE

**Examensbetreuung und
GdP-Examenspause
P 38 an der FHSV**

Unsere Kolleginnen und Kollegen des Studiengangs P38 wurden nach Absolvierung der drei schriftlichen Examensprüfungen auf die Dienststellen im Land verteilt. Selbstverständlich waren Vertreterinnen und Vertreter der GdP und der JUNGEN GRUPPE zu allen Terminen vor Ort,



um die Studierenden mit Erfrischungsgetränken und Schokolade zu versorgen. Am dritten Prüfungstag kam noch unsere traditionelle GdP-Examenspause dazu, zu der wir Grillwürste und weitere Kaltgetränke servierten.

Liebe P38, wir wünschen euch alles Gute und viel Erfolg für euren weiteren beruflichen Werdegang!

**Begrüßung
Studiengang P 41 (FHSV)**

Am Morgen des 29. Oktober 2019 begrüßte der Landesjugendvorstand den Studiengang P41 an der FHSV. Wie es sich zum ersten Schultag gehört, wurden unter den Studierenden wieder unsere GdP-Schultüten verteilt. Svenja, Ann-Kathrin und Paula, die im Zuge der Kennenlernparty als Gewinnerinnen der beiden Apple iPads und des Wertgutscheins in



Höhe von 75 Euro ausgelost wurden, erhielten ebenfalls ihre Präsente. Darüber hinaus wurden im Rahmen der 1.-Hilfe-Kurse noch unsere GdP-Atemmasken verteilt. Wir wünschen euch allen einen guten Start an der FHSV und viel Erfolg für die kommenden 3½ Jahre.

Bei Problemen, Rückfragen oder wenn ihr euch einfach nur für unsere Gewerkschaftsarbeit interessiert, könnt ihr euch jederzeit an uns wenden.

**Volles Haus bei der
GdP-Kennenlernparty
für den Studiengang P41**

Am Samstag, dem 26. Oktober 2019, fand wieder die traditionelle KENNENLERNPARTY der JUNGEN GRUPPE (GdP) im Ratskeller in Saar-



brücken statt. Unsere Polizeistarter der P41 hatten die Gelegenheit, den Vorgängerjahrgang P40 sowie viele weitere Kolleginnen und Kollegen kennen zu lernen und bei vollem Haus zusammen zu feiern. Unter allen Neumitgliedern haben wir zwei iPads 2019 verlost sowie einen 75-€-Amazon-Gutschein, gesponsert von unserem Kooperationspartner Signal-Iduna. Fazit: Mega Stimmung – Mega Party!

Eure JUNGE GRUPPE



WIR ÜBER UNS UND MIT EUCH

Ball der Polizei 2019

Die GdP dankt allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Balles der Polizei 2019 im Saalbau Homburg! Nach Aufruf musste/durfte unser Landesvorsitzender den Showact Edwina de Pooter auf dem Saxophon begleiten. Gut, dass er seit seiner Kindheit an diesem Instrument ausgebildet wird. **Ein lustiger Abend unter Freunden!**



AUS DEN KREISGRUPPEN

KG Landespolizeipräsidium

1959 – Starker Jahrgang auch in der KG LPP!

Der Vorstand der KG LPP durfte im September und Oktober gleich drei langjährigen Mitgliedern zu ihren 60. Geburtstagen Glückwünsche überbringen und jeweils ein Präsent überreichen. Uwe Recktenwald und Wolfgang Pretor erhielten von unserer charmanten stellvertretenden Vorsitzenden Sabine Jost persönlich ihre Gratulationen. Unserem Tarifspezialisten und Mitglied der GdP-Bundestarifkommission (BTK), Ralf Walz, wurden herzliche Glückwünsche durch den kompletten Kreisgruppenvorstand überbracht.

Dirk Britz – KG LPP



S. Jost mit Uwe Recktenwald



S. Jost mit Wolfgang Pretor



M. Speicher; T. Schlang, R. Walz, S. Jost und D. Britz (v. l. n. r.)



AUS DEN KREISGRUPPEN

KG Landeskriminalamt

Im August dieses Jahres vollendete Norbert Meiners sein 60. Lebensjahr. Seit seiner Einstellung im Jahr 1978 ist Norbert Mitglied in der GdP und ist, bzw. war, in vielen Gremien der GdP aktiv tätig.

Seit 1986 ist er mit kurzer Unterbrechung Mitglied der heutigen Kreisgruppe LKA und bekleidete im Zeitraum 1993 bis 2000 das Amt des Vorsitzenden. In dieser Zeit wurde er auch Mitglied im Bundesfachausschuss Kriminalpolizei und führt dort seit acht Jahren den Vorsitz.

Dienstlich war er von 1985 bis 2000 im damaligen KPA verortet und wechselte dann zur damaligen Landespolizeidirektion, Stabsbereich 5.

Hier übernahm er auch für zwei Jahre den Vorsitz des ÖPR LPD. Danach zog es ihn wieder zurück in den



sogenannten „K-Bereich“, wo er seine dienstliche Heimat im Bereich des Dezernates Kriminalprävention und Opferschutz fand.

Gleichzeitig wurde er auch wieder als Vorstandsmitglied in der KG LKA tätig. Seit 2009 ist er nunmehr Mitarbeiter im Landesamt für Präventives Handeln, was seiner Einschätzung nach auch die „letzte dienstliche Station“ sein dürfte. Hier konnte ich ihm persönlich die Glückwünsche der KG LKA zu seinem Geburtstag überbringen. Lieber Norbert, auf diesem Wege noch einmal alles Gute und vielen Dank für Dein Engagement und Deine Treue!

Patricia Fischer,
KG LKA

Vortragsveranstaltung der Kreisgruppe LKA „Fehlerquellen im polizeilichen Ermittlungsverfahren“

Wer arbeitet macht Fehler. Um diese zu vermeiden, bedarf es einer guten Fehlerkultur und häufig jemanden, der auf diese Fehler hinweist. Genau dies konnten heute die rund 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Herrn Richter Weidig, Vorsitzen-



der Richter am Landgericht Saarbrücken, erfahren. In seinem kurzweiligen Vortrag „Fehler im polizeilichen Ermittlungsverfahren“ erläuterte Herr Weidig Punkte wie die qualifizierte Belehrung, die Wahllichtbildvorlage und den Strafklageverbrauch. Wir freuen uns, dass so viele Kolleginnen und Kollegen gekommen sind, auch von Bundespolizei und Zoll. Die nächste Veranstaltung ist schon in Planung!

Eure Kreisgruppe LKA

KG Merzig-Wadern-Nordsaar

Treffen der GdP-Seniorengruppe

Die Kreisgruppe der Senioren trifft sich am 13. Januar 2020 um 15 Uhr im Dienstgebäude der PI Merzig. Auf dem Programm steht ein allgemeiner Erfahrungsaustausch, Fragen des Beihilferechtes und der Seniorensicherheit sowie Aktivitäten im Jahre 2020. Anmeldung bei Erhard Herber, Tel. 0 68 35/85 86. Wir wünschen allen unseren Mitgliedern und deren Familien besinnliche Weihnachtsfeiertage und einen guten Rutsch ins neue Jahr 2020.

Erhard Herber

KG Merzig-Wadern

Herzlichen Glückwunsch! **Julius Brabänder wurde 95 Jahre alt.** Das älteste Mitglied der Kreisgruppe Merzig-Wadern feierte seinen 95. Geburtstag.



Unser Julius, früher wegen seiner sozialen und kollegialen Einstellung, seinem Engagement und seiner Wortgewalt auch respektvoll „das Maschinengewehr Gottes“ genannt, verfolgt immer noch das Geschehen in Gewerkschaft, in Land und Welt. Herbert Buchheit und Knut Recktenwald überbrachten die besten Wünsche der Kreisgruppe

GdP-Urgestein Erhard Herber wurde 70

Bei bester Gesundheit beging unser langjähriger Seniorenbeauftragter Erhard Herber seinen 70. Geburtstag



im Kreise seiner Lieben. Die Glückwünsche der Kreisgruppe überbrachten Daniel Brust und Herbert Buchheit. Kollegial und GdPler durch und durch, sagte unser Erhard ganz spontan seine Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung des Familienfestes zu und organisierte schon die nächste Informationsveranstaltung für die Senioren der Kreisgruppe. **Alles Gute, lieber Erhard!**

Christof Wilhelm



Ökumenischer
Adventsgottesdienst
der Polizei des Saarlandes

LICHT IN DER FINSTERNIS

Mittwoch, 04.12.2019, 18:00 Uhr,
Kirche St. Marien Neunkirchen

mit anschließendem Beisammensein im Großen
Besprechungssaal der Polizeiinspektion
Neunkirchen

Herzliche Einladung durch die Polizeisekretäre des Saarlandes
in Zusammenarbeit mit der Polizeiinspektion Neunkirchen

*Frohe Weihnachten und
einen guten Rutsch
ins neue Jahr!*

JUNGE GRUPPE
Gewerkschaft der Polizei

**ISCHGL-TOUR
RELOADED**

08.02.2020

40 € für Mitglieder
60 € für Nicht-Mitglieder

Weitere Infos auf Facebook unter:
JUNGE GRUPPE Saar
JUNGE GRUPPE GdP Rheinland-Pfalz

Anmeldung unter:
jungegruppe@gdp-rlp.de

**PSW-REISEN hat sich
rundum erneuert!**

AUCH NEU: IHRE BUNDESWEITE HOTLINE
Montag bis Sonntag 10:00 - 19:00 Uhr
0711 9484848

PSW-Reisen
DIE WELT EROBERN

**SCHWABENLAND
REISEN**

PSW-REISEN und SCHWABENLAND REISEN
Partner der **Gewerkschaft der Polizei**
in Baden-Württemberg, Saarland und Rheinland-Pfalz

Ihr persönlicher
Reise-Gutschein **100 €**

Ab 1.500 €

Ihr persönlicher
Reise-Gutschein **150 €**

Ab 2.500 €

Ihr persönlicher
Reise-Gutschein **210 €**

Ab 3.500 €

Gutscheine sind nicht mit anderen Rabattaktionen von PSW und Schwabenland Reisen kombinierbar.
Pro Mitglied und Reise kann nur ein Gutschein eingelöst werden.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Der Gutscheinbetrag kann nicht ausbezahlt werden.
Gültig ab sofort bis zum 31.03.2020 für alle Pauschalreisen-Angebote von namhaften Veranstaltern.

PSW Saarland hat neue Rufnummern:
Tel.: 0681/ 933 120 57
Fax: 0681/ 933 120 59

PSW-Reisen
Eberhardstr. 30
70736 Fellbach
Tel.: 0711/ 57 88 186
Fax: 0711/ 57 99 12
info@psw-reisen.de
www.psw-reisen.de

Baden-Württemberg
Frau Burger
Tel.: 07042/ 872 83 12
Fax: 07042/ 872 83 13
kburger@psw-reisen.de

Saarland
Frau Weaver
Tel.: 0681/ 933 120 57
Fax: 0681/ 933 120 59
sweaver@psw-reisen.de

Rheinland-Pfalz
Frau Grün
Tel.: 06703/ 305 502
Fax: 0711/ 57 99 12
agrueen@psw-reisen.de

Schwabenland Reisen
Terminal 3, Reisemarkt
70629 Stuttgart Flughafen
Tel.: 0711/ 948 48 48
Fax: 0711/ 997 67 66
info@schwabenlandreisen.de
www.schwabenlandreisen.de

**JETZT
BUCHEN!**

**BIS ZU
50%
SPAREN
+
GUTSCHEIN**

**LASTMINUTE
2019**

**FRÜHBUCHER
2020**

**Gut,
dass es
sie gibt.**

Gewerkschaft der Polizei

